

# Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

In der Sitzung am Freitag wurde mit der Beratung des vierten Buches, der Invalidenversicherung, begonnen. Eine sehr ausgedehnte Debatte entfiel der Frage, ob Lehrlinge und Chemiker, die eine Hochschulausbildung besitzen, auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden können. Dieses Verlangen stützt sich im wesentlichen auf eine Petition des Vereins der Diplomingenieure, die aus Standesbüchlein es ablehnen, einer Versicherung unterstellt zu werden, die für die Arbeiter berechnet ist. Die Regierungsvorlage bekämpft diesen Antrag, weil es eine zu unklare Begriffsbestimmung enthält, denn es sei sehr schwer zu sagen, welche Institute als Hochschulen in Betracht kommen können. Dr. Müller, die eine Russisch-Hochschule befragt haben, beantragen, von der Versicherungspflicht befreit zu werden? Die Einwände wurden von den bürgerlichen Parteien nahezu einstimmig abgelehnt. Von Dr. Mugdan wurde der Antrag mit großer Nachdruck vertreten und betont, man solle nicht Personen in die Versicherung einschließen, die in Zukunft haben, in späteren Jahren zu einem Einkommen zu gelangen, wo ein Erfordernis für diese Versicherung nicht mehr besteht. Von unsern Genossen wurde dem entgegengehalten, daß die Versicherungspflicht sich ja nur erstreckt auf Personen, die bis zu 2000 Mk. Einkommen haben. Stellt man sich auf den Standpunkt des Dr. Mugdan, dann müsse man auch die Versicherung von Privatbeamten ablehnen. Der Bund der technisch-industriellen Beamten habe auch die Versicherung der besser gestellten Privatbeamten gefordert und das Verlangen des Vereins der Diplomingenieure zurückgewiesen. Dr. Mugdan meinte demgegenüber, der Bund der technisch-industriellen Beamten strebe danach, die technisch Angestellten mit den Arbeitern gleichzustellen, das sei ein verkehrter Standpunkt. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen unserer Genossen und des Polen angenommen.

Zu § 1295 hatten unsere Genossen den Antrag gestellt, daß den Invalidenrentenempfängern im Falle der Krankheit ärztliche Hilfe und unentgeltliche Medizin gewährt wird. Mit dem Einwand, daß die Kosten hierfür zu erheblich seien, lehnten die bürgerlichen Parteien diese zu nötige Fürsorge für invalide Arbeiter ab.

## Kewerklichatsbewegung.

### Die Schiffenstickererei des Vogtlandes und der Kampf um den Tarifvertrag.

II.\*

Dieser Betrag wurde mit jedem Jahre ärger. Er wurde zu einer Gefahr für die gesamte Industrie. Besonders fühlbar wurde er für Arbeiter sowohl wie Maschinenbesitzer, als die Konkurrenz durch Erziehen einer eigenen Industrie in den bisherigen Abgabländern schärfer wurde. Mit verschiedenen Mitteln wurde versucht, dem Uebel zu steuern. Langwierige Prozesse wurden geführt. Ein von Fabrikanten und Maschinenbesitzern gebildeter Zentralverband der Stickerindustrie wollte von 1888 bis 1903 die Schwankungen der Stickerlöhne durch Festlegung eines Minimallohnes und einer Maximalarbeitszeit verhindern. Es zeigte sich, daß ohne organisierte Arbeiter das unmöglich ist. Dem Betrag bei der Stickerlöhne glaubte man beikommen zu können durch ein im März 1904 publiziertes, vom Fabrikantenverein, dem Verein der Musterzeichner, dem Verein der Maschinenbesitzer und der Lohnkommission der Arbeiter unterzeichnetes „Stickerlöhne-Regulativ“. Alles war bis ins kleinste, teilweise „sine“ Begründung, war dem Ganzen beigegeben, und „um ihm dauernde Wirkung zu sichern und dem Mißbrauch der Unterzahlungen ein Ende zu machen“, wurde ein besonderes Organ (Stickerlöhne-Bureau) geschaffen. Dieses sollte darüber wachen, daß „regulativmäßig verfahren“ wird. Die Mühe war umsonst, der Betrag blieb und wurde ärger. Große und kleine Fabrikanten trieben es nach wie vor. Sie hatten ja Nutzen von den falschen Stickerlöhnen. Die Kleinbürgerlichen Maschinenbesitzer bekamen es mit der Angst zu tun. Sie fürchteten mit ihrer Kritik der falschen Schablonen den Lohn der Fabrikanten zu erhöhen, ließen sich den Betrag ruhig gefallen und drückten dafür den Lohn der Arbeiter. Auch mit den Arbeitern war nichts anzufangen. Das Kleinbürgerliche Milieu ließ es zu einer proletarischen Aktion nicht kommen. Die Sticker waren zuständige Leute. Dabei sanken ihre Löhne bis auf 12 Pfennig pro 1000 Stck. Die anhaltende Forderung und der Rückgang der Verdienste brachte endlich vor etwa 2 Jahren die Maschinenbesitzer zur Rebellion. Sie verlangten von den Fabrikanten Lohnsenkung und drohten mit Stilllegung ihrer Maschinen. Schriftliche wurden in großer Zahl gewechselt und drohende Resolutionen gefaßt. Die im sozialdemokratischen Verband organisierten Sticker — ihre Zahl war nicht groß — unterstützten lebhaft die Maschinenbesitzer. Aber die führenden Fabrikanten kannten die Verzagtheit des Kleinbürgers. Sie lehnten am Ende jedes Entgegenkommens ab, die Maschinenbesitzer, trotzdem demütig zu Kreuze und wandten sich so energischer gegen — die Arbeiter. Anträge, mit den Stickern gemeinsam gegen die Fabrikanten vorzugehen, wurden abgelehnt mit der Begründung: Die national-liberalen Maschinenbesitzer können nicht mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Man einigte sich, die von den Fabrikanten verweigerte Zulage bei den Arbeitern zu holen. Den Stickern wurde eine Lohnreduktion von 3 Pfg. pro 1000 Stck angekündigt. Damit kam im Herbst vorigen Jahres der Stein ins Rollen. Die Sticker strömten in den Textilarbeiterverband. Es kam zum Kampf um den Tarifvertrag. Der Streik brachte den Stickern im ganzen Vogtland Erfolg. Überall wurde der geforderte Lohn gezahlt. Aber nicht überall gelang es, den Tarifvertrag durchzusetzen. Nur in der Stadt Plauen kamen 100 Verträge, bis 31. Oktober 1910 gültig, zustande. Die Mehrzahl der Maschinen waren hier in die Verträge einbezogen. Die zahlreichsten in den übrigen Orten des Vogtlandes vorhandenen Maschinenbesitzer konnten nicht zur Vertragsschließung gezwungen werden. Noch waren die Sticker, gleich den Maschinenbesitzern, zum Kampfe nicht genügend vorbereitet. Aber sie blieben diesmal der Organisation treu und so wurde erreicht, was zu erreichen Fabrikanten und Maschinenbesitzer früher vergeblich versucht hatten. Die Lohnschwankungen ließen nach, die Stille Zeit ging ohne wesentliche Lohnsenkung vorüber, die Schmutzkonturen wurden eingebämmt. Der Tarifvertrag erwies sich als nützlich für die gesamte Industrie. Troz alledem kündigten am 1. August d. J. 89 Maschinenbesitzer mit ca. 500 Maschinen zum 31. Oktober den Vertrag. Es kam wieder zum Streik und es ist gelungen, in etwa 45 Fällen den Tarifvertrag zu erneuern; so daß momentan im ganzen 135 Tarifverträge zu Recht bestehen; 300 Sticker stehen noch im Streik.

Gleichzeitig mit dem Kampf um den Tarifvertrag eröffnete der Arbeiterverband den Kampf gegen den Stickerlöhne-Schwundel mit der Forderung nach Einführung des Stickerlöhne-Apparats. Es ist gelungen, einen kleinen zylinderförmigen, 10 Zentimeter langen Apparat herzustellen, welcher jeden Stck,

Sachfehlerberichtigung. Im gestrigen Artikel muß es in der 27. Zeile von oben heißen: War bis dahin ... statt: Was bis dahin ... Und in der Fußnote muß es ... da her heißen: Leider.

Der Streik wurde, wie wir bereits mitteilten, am 10. Nov. abgebrochen; es bestehen nunmehr etwa 140 Tarifverträge zu Recht.

den die Schiffenmaschine vorzieht, anzeigt. Der Apparat kostet 12 Mark. Die Maschinenbesitzer widersetzten sich seiner Einführung, obgleich auch sie außerordentlich unter dem Betrag zu leiden haben. Der Apparat macht jeden Betrag unmöglich. So gibt es fortgesetzt Plankstellen, Kampf. Im Kampf aber werden sich die Kräfte der Sticker häufen. Sie werden reif werden zu energischem Vorgehen und schließlich die zehntausende Maschinenbesitzerinnen, die Auspassierinnen, die Hädlerinnen, Nachseherinnen, Wählerinnen, „Geschäftsdamen“ usw. in die Bewegung hineinzuziehen. Unterdessen bereiten sich Umwälzungen des Produktionsprozesses vor. Kein Zweifel: Die Tage des lebendigen Stickers von Fleisch und Blut sind gezählt, der eiserne Kollege erwirkt ihn. Der „Automat“ tritt an Stelle des Pantographen. Gleich der Jacquardmaschine am Webstuhl leitet ein komplizierter Organismus die Bewegungen des Stoffes und stellt so das Muster her. Die Bogtlandische Maschinenfabrik hat das Monopol der Herstellung. Der Automat bedingt den Großbetrieb. Nur die gleichzeitige Aufstellung einer bestimmten Anzahl macht ihn rentabel. Sein Preis ist ein hoher, seine Leistungsfähigkeit doppelt so groß wie die der alten Maschinen. Der „leure“ Sticker wird zum Teil überflüssig. Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften wird noch größer werden als sie jetzt schon war. In der Schweiz, wo der Fabrikarbeitsbetrieb vorherrscht, macht die Einführung des Automaten schnelle Fortschritte. Es laufen dort schon gegen 300 Automaten und schon haben sich die gleichgehenden Körperpartien mit der Gefahr beschäftigt, die den männlichen Stickern droht. Die Stickererei hat für die Schweiz eine große Bedeutung. In Plauen hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet, eine große Fabrik wurde errichtet und 300 Automaten werden aufgestellt. Nicht so einfach wie im Fabrikbetriebe der Schweiz wird sich im Bogtlande die Umwälzung vollziehen. Um aber mit der Schweiz konkurrieren zu können, ist das Bogtland genötigt, weitere Automaten aufzustellen. Der kleine Fabrikant wird erdrückt werden durch den großen. Ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen Maschinenbesitzer und Automaten-Fabrikant ist unausbleiblich. Wer der Sieger sein wird, ist nicht zweifelhaft. Es vollzieht sich in der Stickererei des oberen Vogtlandes, was in hundertjähriger Wirksamkeit der Kapitalismus in andern Erwerbszweigen schon vollbracht. Der heute noch zum großen Teil vom Kleinbürgertum besetzte Boden wird zur Stätte verheerendsten Kampfes zwischen Arbeit und Kapital! Deshalb, Arbeiter, seid gerüstet, seid bereit!

### Leipzig und Umgebung.

Sechs Tage sollt Du arbeiten ...

Seit nunmehr 25 Jahren fordern die Bäcker und Konditoren den gesetzlichen wöchentlichen Ruhetage. Vergebens! Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages will es mit den rückständigen Bäckermeistern, deren Wahlstimmen sie nicht entbehren kann, nicht verderben und läßt so alle Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt. Dabei mehren sich Jahr um Jahr die Stimmen aus allen Kreisen der Bevölkerung, die sich ernsthaft mit der Frage des wöchentlichen Ruhetages im Bäckergewerbe beschäftigt haben, für dessen Einführung, und das nicht nur mit Rücksicht auf die Bäckerarbeiter, sondern auch mit Rücksicht auf die gesamte Bevölkerung. Denn daß die Hygiene nicht nur der Backware herstellenden Arbeiter, sondern naturgemäß auch die der konsumierenden Bevölkerung unter den gegenwärtigen Umständen im Bäckergewerbe leidet, unterliegt keinem Zweifel. Aber was führt das die Herren vom Mittelstand und ihre politischen Vertreter? Sie glauben durch eine Verkürzung der Arbeitszeit „ihrer“ Arbeiter den Profit bedroht, und da ist es vorbei mit aller Vernunft. Sache der konsumierenden Bevölkerung muß es sein, die Bäcker und Konditoren in ihrem Kampf um Licht und Luft, um Gesundheit und Lebensglück nach Kräften zu unterstützen.

Die „Gesellen“ gegen sich selbst in allen Orten, um die Bevölkerung, aufzuklären und die eigenen Kollegen aufzurütteln. Und gerade bei den Bäckergesellen selbst liegt das größte Verhängnis. Viele stehen indifferent beiseite, ein nicht geringer Teil hat sich von den Meistern für einen Judaslohn kaufen lassen und ist dem gelben Bäckerverband beigetreten, der ihre wahren Interessen mit Füßen tritt. Daß dies den Gesellen zur Erkenntnis komme, hatte auch die Leipziger Filiale des Verbandes der Bäcker eine Versammlung einberufen, die sich mit der Forderung des gesetzlichen 36 stündigen Ruhetages in jeder Woche befaßte und folgende Resolution annahm:

Beim Wiederauftritt des deutschen Reichstages erhebt die Versammlung der Bäcker und Konditoren erneut die berechtigte und zeitgemäße Forderung nach einem wöchentlichen Ruhetage von 36 Stunden Dauer, wie dieser Ruhetage bereits in der Petition vom Jahre 1905 an den Bundesrat und vom November 1908 an den Reichstag gefordert wurde.

Es ist unerhört, daß, während die Arbeiterschaft aller anderen Berufe jeden Sonntag einen vollständig freien Ruhetage hat, die Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien zum Schaden ihrer Gesundheit immer noch regelmäßig 7 Tage oder vielmehr 7 Nächte in der Woche, und zwar durchweg 82 oder mehr Stunden schwer arbeiten müssen. Die schädlichen Folgen dieser gesundheitsschädlichen langen Arbeitszeit sind anerkannt von allen ärztlichen Autoritäten sowohl, als auch von fast allen Sozialpolitikern sowie Gewerbe- und Fabrik-Inspektoren. Diese schädlichen Folgen der überlangen Arbeitszeit, ohne Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages, äußern sich in einer bedeutenden Schwächung des Körpers und der Gesundheit der davon Betroffenen, die, wie die Krankheitsstatistik lehrt, sich in öfter wiederkehrenden langen Krankheiten, im Verfall der Körperkräfte zu frühzeitigem Siedum und in großer Sterblichkeit in noch jugendlichem Alter bemerkbar macht.

Deshalb ersucht die Versammlung den hohen Reichstag, dem § 105 der Reichsgewerbeordnung eine Bestimmung anzufügen, welche auch den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien einen wöchentlichen Ruhetage von 36 Stunden Dauer garantiert. Daß dieses ohne Schaden des Gewerbes und ohne Beeinträchtigung der Gewohnheiten des konsumierenden Publikums geschehen kann, beweisen sowohl die nach dieser Richtung hin erfolgten gesetzgeberischen Maßnahmen fast aller Kulturländer, wie auch der Umstand, daß in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster durch Verordnungen der Regierungspräsidenten der wöchentliche Ruhetage den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien gewährt wird; ferner haben durch Tarifvertrag 70 Prozent der in Hamburg-Altona arbeitenden Bäcker und Konditoren diesen wöchentlichen Ruhetage, und in gleicher Weise 1700 in Genossenschafts- und Konsumbäckereien arbeitende Bäcker.

Sache der konsumierenden Bevölkerung und namentlich der Arbeiterschaft ist es nun, die Bäcker in ihrem Kampfe nach Kräften zu unterstützen.

### Deutsches Reich.

#### Koalitionsrechtsträbererei.

Die Unternehmer sind eifrig bemüht, auch den Angestellten den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit einzupauken. Ihre besondere Liebe lassen sie namentlich dem Bund der technisch-industriellen Beamten zukommen, dessen Mitglieder schon in mehreren Fällen die Vertriebe von außen ansehen mußten, weil der Bund gewagt hatte, im Gegensatz zu andern Verbänden technischer Angestellter, die Interessen der Angestellten energisch zu vertreten. So wird jetzt wieder ein besonders krasser Fall aus Nürnberg gemeldet. Die dortige Firma Rittenberger Radler- und Metallwarenfabrik A. G. vorm. Gebr. Rittinger geht schon seit langem in Angestelltenkreisen keinen guten Ruf. Wie berechtigt diese An-

schauung ist, beweist folgender Vorfall: Einem bei der Firma beschäftigten Betriebsingenieur, der im Verdacht stand, im Bunde der technisch-industriellen Beamten organisiert zu sein, wurde folgender Nevers zur Unterschrift vorgelegt:

Herr R. in Diensten der Firma Rittenberger Radler- und Metallwarenfabrik A. G. vorm. Gebr. Rittinger befehligt mit Heutigen, daß er seit längerer Zeit nicht mehr dem Bunde der technisch-industriellen Beamten angehört und weder ordentliches noch zahlendes, noch unterstützendes Mitglied ist.

Ein etwaiger Beitritt zum Bunde der technisch-industriellen Beamten, so lange Herr R. in unseren Diensten steht, würde einem Vertragsbruch gleichkommen.

Es wird hier also dem Angestellten für das Verbrechen des Beitritts zu einem Berufsverband die sofortige Entlassung angedroht. Das grenzt nach der Sprachpraxis unserer Bourgeoisie in Fällen, wo es sich um Arbeiter handelt, so dicht an Nötigung, daß wahrscheinlich die Rittenberger Staatsanwaltschaft nun Klagen gegen die Inhaber der Firma Gebr. Rittinger einreichen wird. Oder nicht? — Nun, dann auch ja! — Was zur Aufklärung der Angestellten nicht wenig beitragen wird.

### Bergarbeiterstand im Ruhrrevier.

Auf der Feste Lucas bei Dortmund (Eigentum der Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg in Westfalen) sind gestern von 410 Mann der Bergschaft 301 in den Ausstand getreten. Die Betriebsverwaltung hatte vor einigen Tagen eine Anzahl Arbeiter wegen angeblicher Nichtinnehaltung der Zeitarbeitsordnung bestraft. Nachdem die Verwaltung die geforderte Zurückziehung der Strafe abgelehnt hatte, wurde eine Bergschaftsversammlung einberufen, die eine Kommission wählte, um der Betriebsverwaltung die Wünsche und Beschwerden der Bergschaft vorzutragen. Die Verwaltung lehnte die Verhandlung mit der Bergschaft ab, daß der Arbeiterausschuß hierfür zuständig sei, und erklärte sich bereit, mit diesem zu verhandeln.

Streik in der Brauerei von Hammer in Plauen i. V. Wie wir schon berichteten, maßregelte die Firma zwei Mitglieder der Tarifkommission; sie versuchte dann auch auf die übrigen Arbeiter einzuwirken, daß sie aus der Organisation der Brauereiarbeiter austreten sollen. Als die Betriebsleitung kein Glück damit hatte, wurden weitere sechs Arbeiter gemahnt. Am Montag beantworteten die organisierten Arbeiter des Betriebes diese Maßregelung mit der Arbeitseinstellung. Zugang ist zu vermeiden.

Der Kohlenarbeiterstreik in Mannheim in der syndikalfreien Kohlenvereinigung ist mit einem Teilerfolg für die Arbeiter beendet worden. Erzielt wurde eine Lohnzulage von durchschnittlich 2 Mark pro Woche.

### Ausland.

#### Drohender Streik der Eisenbahn- und Postbeamten in Italien?

Aus Turin wird gemeldet: Das Blatt Stampa behauptet aus Rom, daß die Regierung sich ernstlich mit der Eventualität eines Ausstandes der Post- sowie der Eisenbahnbediensteten beschäftigt. Ein definitiver Entschluß ist jedoch noch nicht gefaßt worden. Angesichts der Unannehmlichkeiten, die die Mobilisierung der Eisenbahner verursachen würde, ist es wahrscheinlich, daß die Regierung zu dieser Maßregel nicht mehr greifen wird. Sie scheint vielmehr zu beabsichtigen, einen beschränkten Dienst zu organisieren. Die Züge würden dann von starken Militärabteilungen begleitet werden. Das Parlament tritt heute zusammen und wird sich in allererster Linie mit der Frage der Aufbesserung der Gehälter der Eisenbahn- sowie der Post- und Telegraphenbeamten beschäftigen. Der Regierungsentwurf sieht eine Gehaltserhöhung vor, die die Summe von 20 Millionen Lire erreicht.

#### Ein schwerer Kampf russischer Textilarbeiter.

Vor etwa einem Monat brach in der Spinnerei und Weberei von Karetnikow in Tselkows (Gouv. Madimir), wo circa 6000 Arbeiter beschäftigt werden, ein Streik aus, der mit der größten Heftigkeit noch heute geföhrt wird. Die Forderungen der Streikenden entzogen ein dürftiges Bild der Zustände in diesem Fabrikdörfchen, wo die Fabrikadministration, wie in diesen solcher gewaltigen Betriebe im innerschwarzen Industriekanton, mit unumschränkter Gewalt herrscht. Seit drei Jahren wurden in Tselkows wie in allen Fabrikstädten und -dörfern, wo die Arbeiter keinen geschlossenen Widerstand leisteten, die Errungen der Revolutionsjahre Schritt für Schritt vernichtet und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter derart verschlechtert, daß der Streik jetzt mit elementarer Gewalt ausbrach und, ungeachtet des völligen Mangels einer Organisation — von einer Streiktruppe gar nicht zu sprechen —, mit jähem Ausbruch und musterhafter Ruhe geföhrt wird. Die von dort berichtet wird, wüthet unter den Streikenden bereits der Hunger. Bei der rauhen Jahreszeit und dem Mangel aller Hilfsmittel ist der Kampf ungeheuer schwierig, um so mehr als die Direktion sich schroff ablehnend verhält und mit der Schließung der Fabrik droht. Zudem ist bereits die Polizei in Aktion getreten, die zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vornimmt. Die Taktik, die hier befolgt wird, ist klar: zuerst soll die Masse durch Ausdauer und Hunger und Polizeirepressionen zur Ruhe gemacht werden, bis sich ein Anlaß bietet, „Unruhen“ anzuzetteln und den letzten Widerstand der Arbeiter im Blute zu extrahieren.

#### Der staatlich organisierte Streikbruch.

Die Humanität veröffentlicht ein Rundschreiben des Hauptauschusses der Meeder Frankreichs, in dem die Mitglieder aufgefordert werden, eine genaue Liste ihrer Schiffe und der Mannschaftsbestände aller Grade mitzuteilen, damit im Falle eines Ausstandes im Einvernehmen mit den staatlichen Marinebehörden die notwendigen Maßnahmen getroffen werden könnten, um die eingeschriebenen Seeleute durch Personal der Kriegsmarine zu ersetzen.

#### Eisenbahnerausstand in Spanien.

Aus Madrid wird gemeldet: Die Direktion der Eisenbahnlinien von Medina nach Zamora und Vigo hat dem Minister der öffentlichen Arbeiten telegraphisch mitgeteilt, daß der Verkehr auf diesen Linien eingestellt ist, weil die Angestellten in den Ausstand getreten sind.

### Küchenzettel der städtischen Spiseanstalten.

Rittwisch:  
Speisenkarte I (Sonntags): Suppen und Kartoffeln mit Rindfleisch.  
Speisenkarte II (Zwischenspeisen): Röhre mit Pfeffer.  
Speisenkarte III (Zwischenspeisen): Röhre mit Rindfleisch.  
Speisenkarte IV (Zwischenspeisen): Röhre mit Rindfleisch.  
Speisenkarte V (Zwischenspeisen): Röhre mit Rindfleisch.  
Speisenkarte VI (Zwischenspeisen): Röhre mit Rindfleisch.  
Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Alfred Herr in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Friedrich Müller in Dorsdorf-Weißitz.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.  
Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.